Inhalt:

Trauer, Wut und Machtlosigkeit
Titelseite

Das Parlament ist erst der Anfang
Seite 2

Unterschreiben Sie die Nachhaltigkeits-Initiative!

Eritreer wollen Asyl und feiern den Diktator
Seite 3

Dimensionswahnsinn: mega – giga – gaga

Islamunterricht
Seite 4

Die Schweiz hat die Kontrolle über die Migration verloren
Seite 5

Nachbar eines Kriegsgebiets
Seite 6

Asyl-Schlepper stoppen: Alle Grenzen sichern. Notfalls mit der Armee

Pikom News
Seite 7

Es läuft aus dem Ruder
Seite 8

Nr. 4/2023

PIKOM
PARTEIUNABHÄNGIGES INFORMATIONSKOMITEE
INFO

Trauer, Wut und Machtlosigkeit

Von Alfred Heer, Nationalrat, Zürich

Solange der Westen die Hamas hofiert, gibt es keinen Frieden im Nahen Osten. Der neue Staatssekretär im Verteidigungsdepartement ist mitschuldig und muss gehen.

Meine Gedanken sind bei den Opfern, wenn ich diese Zeilen schreibe. Als ich vom schändlichen Angriff der Hamas auf Israel erfuhr, wollte ich die traurige Nachricht vorerst verdrängen. Zu unglaublich schien es mir, dass sich so etwas tatsächlich zutragen konnte. Nach und nach musste ich mich jedoch mit den entsetzlichen Tatsachen abfinden. Vor einigen Jahren weilte ich zweimal im Kibbutz Reim. Meine Tochter hat dort ein halbes Jahr lang gelebt. Es macht mich zu fassungs- und wortlos, um hier weitere Ausführungen zu machen.

Rolle der Hamas

Die Hamas ist ein Krebsgeschwür. Sie vernichtet unschuldige Leben auf jüdischer, aber auch auf arabischer Seite. Israel muss nach der brutalen Abschlachtung von Zivilisten reagieren, wobei sich die Hamas-Kämpfer in Moscheen, Schulhäusern und Spitälern verstecken werden – eine hinterhältige und feige Taktik, die den Blutzoll von unschuldigen Personen weiter erhöhen wird. Ich habe mit einem israelischen Kommandanten gesprochen, der den Schiessbefehl für gezielte Tötungen von Terroristen geben musste. Er stand stets vor einem Dilemma, denn er musste Terroristen eliminieren und dabei Zivilpersonen verschonen. Man verzichtete im Zweifelsfall auf den Schiessbefehl. Obwohl ein Terrorist keine Rücksicht auf israelische Zivilpersonen nimmt, wenn er einen Anschlag begehen will. Hier erkennen wir den Unterschied zwischen dem Handeln eines zivilisierten Rechtsstaates und einer Terror-Organisation.

Das Eidgenössische Departement des Äusseren (EDA) pflegte intensive Kontakte zur Hamas. Federführend war der heutige Staatssekretär für Sicherheit und ehemalige Botschafter der Schweiz in Israel, Jean-Daniel Ruch. Er hat sich für diese Aufgabe disqualifiziert und muss abtreten. Bereits unter Bundesrätin Micheline Calmy-Rey waren die Selbstherrlichkeit und Arroganz im EDA zu spüren. Mit ihrer «Genfer Initiative» wollte die SP-Frau einen Frieden im Nahen Osten vermitteln. Ausser Hunderten von Millionen Franken an Ausgaben wurde nichts Produktives fabriziert. Die Initiative wurde zu Lasten der Steuerzahler stillschweigend beerdigt.

Schweizer Lakaien-Dienste

Jean-Daniel Ruch ist vor allem dadurch aufgefallen, dass er den Hamas-Chef Khaled Meshaal im Jahre 2012 in Kairo getroffen hat. Ruch prägte massgeblich die Doktrin des EDA, dass man mit der Hamas verhandeln müsse, da diese ein Teil zu einer Friedenslösung mit Israel darstellten. Dabei fordert deren Charta Schwarz auf Weiss die Vernichtung Israels. Der Diplomat Ruch verrichtete nichts anderes als Lakaien-Dienste für die Hamas. Das EDA hielt die Kontakte auch noch unter Bundesrat Ignazio Cassis (FDP) hoch, obwohl die Parlamentarische Gruppe Schweiz-Israel das Departement mehrfach darauf hinwies, dass die Hamas eine Terrororganisation ist und kein Partner für irgendeinen Frieden sein könne.
Die Hilfsgelder des Bundes an die Hamas sind per sofort einzustellen. Wieso soll man Geld in ein Gebiet bezahlen, das offensichtlich über erhebliche Mittel verfügt, um sich bis auf die Zähne zu bewaffnen? Bundesrat Cassis muss im EDA endlich aufräumen. Das Äussere ist überdotiert mit Personen, die den Konflikt für die persönliche Profilierung missbrauchen, keinerlei positive Wirkung erzielen und Steuergelder in Millionenhöhe verprassen. Das EDA hat massgeblich zur Salonfähigkeit der Hamas beigetragen und steht jetzt vor einem Scherbenhaufen. Denn was kann das EDA jetzt mit ihren tollen Kontakten in die Hamas bewirken? Rein gar nichts. Das Personal des EDA trägt eine moralische Mitschuld, wenn es nicht sogar mit ihren Hilfszahlungen indirekt zur Aufrüstung der Hamas beigetragen hat.

Schweiz muss zusammenstehen

Die SVP hatte mehrfach gefordert, dass die Hamas eine radikalislamische Terror-Organisation ist, die auch so benennt werden muss. Am 16. Juni 2022 fand dazu eine Abstimmung statt, bei der alle Parteien mit einigen Ausnahmen gegen die SVP stimmten. Es muss jetzt auch im Parlament ein Umdenken stattfinden. Hilfszahlungen sind nicht mehr zu bewilligen, und die Hamas ist als Terrororganisation zu bezeichnen. Immerhin scheint mittlerweile bei der FDP und der Mitte Vernunft einzukehren. Die Schweiz muss im Kampf gegen den islamistischen Terror zusammenstehen. Das iranische Regime als Hauptsponsor von Terror im Nahen Osten ist zu ächten. Die brutale Mullah-Diktatur sät Hass und Tod im eigenen Land, im Libanon, in Syrien und in Israel. Iran unterstützt die Hamas in Gaza, die Hisbollah im Libanon und islamistische Dschihadisten. Auch an weiteren Schauplätzen ist das Regime aktiv. Das EDA muss seine Aussenpolitik endlich ändern und Israel klar und deutlich den Rücken stärken. Als demokratischer Rechtsstaat haben wir die Pflicht, uns für den einzigen demokratischen Rechtsstaat im Nahen Osten einzusetzen.

Das Parlament ist erst der Anfang

Von Jan Mahnert, freier Journalist, Bern

Die Würfel sind gefallen: Die SVP bleibt nach den Eidgenössischen Wahlen 2023 die stärkste Partei im Schweizer Parlament. Von einem Rechtsrutsch war in den Medien sogar die Rede. Doch, ist man versucht zu fragen, was nützen die vielen Sitze im Parlament? Ist die SVP bei ihren Kernanliegen ihren Zielen nähergekommen? Gerade in Sachen Einwanderung sind keine nennenswerten Fortschritte zu verzeichnen. Jahr für Jahr wandern netto 70'000 bis 80'000 Menschen in die Schweiz ein – eine Million alle 13 Jahre. 2022 hat die Einwanderung infolge des Ukraine-Krieges noch um ein Mehrfaches zugenommen und wir steuern auf die 10 Millionen Schweiz zu.

Gewiss: Gäbe es die SVP nicht, würde die Schweiz noch viel tiefer im linksliberalen System stecken. Man kann der SVP anrechnen, manche Entwicklungen ausgebremst zu haben. Die Frage nach dem Nutzen der Beteiligung am parlamentarischen Geschehen beschäftigt im patriotischen Lager dennoch die Geister. Auch im Ausland: Ob in Frankreich oder in Deutschland stehen die patriotischen Parteien vor demselben Paradox: Obwohl sie bedeutende Wahl- und Etappensiege feiern können, gelingt es ihnen nicht, Ihre politischen Ansichten flächendeckend durchzusetzen.

Metapolitik

Patriotische Intellektuelle beschäftigen sich intensiv mit den Voraussetzungen für einen grösseren Durchbruch. In den letzten Jahren sind Bücher wie Martin Sellners «Regime Change von rechts» und Benedikt Kaisers «Die Partei und ihr Vorfeld» erschienen. Beide Werke gehen auf den sogenannten «Parlamentspatriotismus» ein und erklären, es genüge nicht, in den Parlamenten zu sitzen. Wichtig ist neben der Politik auch die Metapolitik, d.h. der kulturelle Kampf, welcher der Streuung patriotischer Ideen in der Gesellschaft dient. Während Martin Sellner sich vorwiegend mit den Vor- und Nachteilen bestimmter Strategien auseinandersetzt, widmet sich Benedikt Kaiser dem Verhältnis zwischen der Partei und ihrem «Vorfeld». Ich werde im Folgenden Kaisers Kernthesen darstellen (da Kaisers Buch auf die deutschen Verhältnisse zugeschnitten ist, werde ich die Informationen extrahieren, die für die Schweiz von Relevanz sein können).

Partei und Vorfeld

Drei Begriffe bilden das Fundament von Benedikt Kaisers Denken: Partei, Vorfeld und Mosaik. Eine Partei ist idealtypisch «eine Gruppe gleichgesinnter Bürger, die sich die Durchsetzung gemeinsamer politischer Vorstellungen zum Ziel gesetzt haben». Eine Partei müsse aber immer mehr sein als nur die Kernorganisation. Sie braucht «vielgestaltige Vorfeldstrukturen, welche die Positionen des eigenen politischen Beritts in die Gesellschaft tragen». Kaiser definiert das Vorfeld als «Schutz-, Unterstützungs- und Rekrutierungsraum» der Partei. Es besteht aber nicht aus parteieigenen Vereinigungen, sondern aus jenen Organisationen, Vereinigungen und losen Zusammenschlüssen, «die ideell einer bestimmten Partei nahestehen, deren Positionen und Begriffe in die Gesellschaft bzw. ihre Teilbereiche einspeisen und damit den Wirkungsradius der Partei vergrössern. Vorfeldakteure müssen keineswegs Parteimitglieder sein, um an der Resonanzraumerweiterung für eine Partei beteiligt zu sein.»

Mosaik

Partei und Vorfeld bilden ein Mosaik, wobei Kaiser eine etwas komplexere Gleichung nutzt: «Das Mosaik besteht aus der Partei (samt eigenen Untergliederungen) und dem Vorfeld (engeres und weiteres) plus X.» Unter «X» versteht Kaiser «Strukturen und Einzelpersonen, die nicht direkt auf die öffentliche Meinungsbildung hinwirken und ausserdem nicht direkt mit der Partei verzahnt oder vernetzt sind. Sie sind eigenständige Spieler, schaffen aber durch ihr Handeln überhaupt erst jene Freiräume, die von Partei und Vorfeld anlassbezogen genutzt werden können».

Das Mosaik umfasst mit anderen Worten sowohl parlamentarische als auch ausserparlamentarische, parteieigene als auch parteiexterne Akteure. Das Mosaik ist ein «Kooperationsverbund», eine «Transformationsallianz». Allerdings ist die Bildung eines Mosaiks eine gewaltige Herausforderung: Das «patriotische Lager» besteht aus zahlreichen Akteuren, die es gilt zum «Nukleus eines arbeitsteiligen, handlungsfähigen und solidarischen patriotischen Mosaiks» zu machen. Zu diesen Akteuren zählen «eine Wahlpartei ebenso wie Künstler, Zeitschriften wie Denkfabriken, Einzelpersonen wie Bürgerinitiativen, Organisatoren von Demonstrationen wie Musiker, Studentenverbindungen wie Brauchtumspfleger, junge Aktivisten wie ältere Ratgeber uns so weiter».

Hegemonie

Für Kaiser gibt es im Rahmen des Mosaiks keine Dichotomie «Realpolitik» versus «Metapolitik» und «Parteiakteure» versus «ausserparlamentarische Kräfte». Diese verschiedenen Bereiche und Akteure sind innerhalb des Mosaiks miteinander verzahnt und vernetzt. Im Fall des patriotischen Mosaiks bilden das Bekenntnis zur Verteidigung des Eigenen und ein positiver Heimat- und Vaterlandbezug den Minimalkonsens. Getragen wird das Mosaik von einem «Hegemonieprojekt». Es muss darum gehen, «in entscheidenden gesellschaftlichen Bereichen und Debatten ‹führend› zu sein» und «eine alternative Positionierung sichtbar zu machen». Ziel ist der Aufbau einer Gegenöffentlichkeit.

Organische Politiker

Um zu funktionieren, bedarf ein Mosaik eines besonderen Politikertypen, den Benedikt Kaiser als «organischen Politiker» bezeichnet. Organische Politiker sind im Regelfall Quereinsteiger in die Politik oder sie wirkten bereits vor ihrem parteipolitischen Engagement in patriotischen Initiativen. Sie kennen deshalb «Positionen und Begriffe, Verhaltensweisen und Kooperationsansätze bereits aus einer ausserparlamentarischen Phase Ihres aktiven Lebens» und speisen nun «kumuliertes Knowhow in ihre vermittelnde Praxis» ein. Sie wissen auch, «dass eine Partei Mittel zum Zweck ist, dass der Zweck Politik für das Volk heisst und dass ein einseitiges Fokussieren auf Gesetzvorlagen und ‹Grosse Anfragen› immer unvollkommen bleiben muss und nicht-parlamentarischer Ergänzungen in exorbitantem Umfang bedarf».

Für Benedikt Kaiser besteht die Rolle der organischen Politiker darin, «jene vermeintliche Heroen des reinen Parlamentarismus zu ‹erden›, eine solide-Freund-Feind-Kenntnis zu vermitteln und unnachgiebig auf das unverzichtbare Prinzip der Mehrgliedrigkeit patriotischer Gegenöffentlichkeit und Gegenmacht hinzuweisen, bis es entweder aus Überzeugung oder aus Pragmatismus bejaht oder zumindest nicht sabotiert wird». Es muss daher ein Nahziel einer Mosaik-orientierten Strömung sein, «den Anteil organischer Politiker in der Wahlpartei des Mosaiks sukzessive zu erhöhen, ihren Einfluss zu vermehren und zu sichern sowie ein Bewusstsein für ihre Funktion alltäglich geleisteter Vermittlungsarbeit zwischen den einzelnen Mosaiksteinen zu schaffen».

Weil ein Mosaik eine ernstzunehmende Kraft darstellt, wird es in der Regel heftig bekämpft. Benedikt Kaiser schreibt in Bezug auf die Alternative für Deutschland, es sei augenfällig, dass jene Mandatsträger, die den Mosaik-Gedanken durch ihr praktisches Tun leben, zugleich jene Mandatsträger sind, gegen die sich der Furor der meinungsbildenden Journalistenklasse am intensivsten richtet.

Von den Linken lernen

Obschon Benedikt Kaiser als «rechter» Autor einzustufen ist, stammt der Mosaik-Gedanke nicht von der Rechten, sondern von der Linken. Kaiser zitiert in diesem Zusammenhang Autoren wie Antoni Gramsci und Hans-Jürgen Urban. Er plädiert dafür, sich die erfolgreichsten Methoden der Linken anzueignen: «Strukturelles (selbstredend nicht: weltanschauliches) Leitbild und Vorbild für das rechte Mosaik sollte das Agieren der Mosaik-Linken sein». Es ist in der Tat nichts falsch daran, über den eigenen Tellerrand zu schauen und sich für die Erfolgsrezepte des politischen Gegners zu interessieren.

Unterschreiben Sie die Nachhaltigkeits-Initiative!

Von Thomas Matter, Nationalrat, 8706 Meilen ZH

Die Nachhaltigkeits-Initiative will eine 10-Millionen-Schweiz verhindern. Weil wir sonst wegen der Bevölkerungsexplosion unsere Lebensqualität, eine gesunde Umwelt, unseren Wohlstand und eine sichere Zukunft in Freiheit verlieren. Lesen Sie hierzu meinen Kommentar.

Allein im letzten Jahr sind netto über 180'000 Personen in die Schweiz eingewandert. Das entspricht der Bevölkerung der Stadt Basel! Es droht uns demnächst eine 10-Millionen-Schweiz - mit allen negativen Folgen. Unsere Infrastrukturen werden überfordert, unsere Gesundheitsversorgung, unser Sozialstaat und unsere Schulen werden überlastet sein, die Mieten werden noch mehr steigen und unsere Natur wird stark beeinträchtigt.

Die Nachhaltigkeits-Initiative der SVP verlangt, dass die ständige Wohnbevölkerung 10 Millionen bis 2050 keinesfalls überschreiten darf. Sonst muss der Bundesrat die bevölkerungswachstumstreibenden internationalen Verträge kündigen – inklusive einem allfällig abgeschlossenen UNO-Migrationspakt und das Personenfreizügigkeits-Abkommen mit der EU. Sobald die ständige Wohnbevölkerung 9,5 Millionen überschreitet, muss der Bundesrat Massnahmen treffen, insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug.

Das Märchen, das Sie von den Linken und vom Mieterverband immer wieder serviert bekommen, geht so: Wir brauchen immer mehr Wohnungen, weil Herr und Frau Schweizer immer mehr Wohnraum beanspruchen. Das ist falsch. Die letzten 22 Jahre ist der durchschnittliche Wohnraum pro Person der anwesenden Bevölkerung nur von 44 auf 46,6 Quadratmeter gestiegen. Ausser vielleicht bei Frau Badran. Für den übrigen zusätzlichen Wohnraum ist das Bevölkerungswachstum verantwortlich.

Vier von fünf Wohnungen wurden wegen der Bevölkerungsexplosion gebaut. Wer die Wohnungsnot und die explodierenden Mietpreise stoppen will, muss die Nachhaltigkeits-Initiative unterschreiben!

Der zurückgetretene Arbeitgeber-Präsident Valentin Vogt erzählt das Märchen, wir würden unseren Wohlstand der heutigen Zuwanderung verdanken. Wenn die Schweiz nicht schon vor der Personenfreizügigkeit mit der EU ihren grossen Wohlstand erschaffen hätte, wären sicher die vielen hunderttausende von Zuwanderern nicht in die Schweiz gekommen. Auch hat der Wohlstand, gemäss dem Bruttoinlandprodukt pro Kopf – zwischen 1945 und 2001 – also bis vor der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 – Jahr für Jahr um durchschnittlich 2 Prozent zugenommen. Seit 2008, also seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit, stagniert der Wohlstand pro Kopf! Und auch die Produktivität pro Kopf ist seit der Personenfreizügigkeit am Abnehmen. Wenn Sie unseren Wohlstand erhalten wollen, unterschreiben Sie die Nachhaltigkeits-Initiative!

Hier der Link dazu:
https://nachhaltigkeitsinitiative.ch/lancierung-nachhaltigkeits-inititiative/

Eritreer wollen Asyl und feiern den Diktator

Von Janosch Weyermann, Stadtrat und Vorstandsmitglied PIKOM, Bern

So führt unsere humanitäre Hilfe zum Totalversagen. Dies zeigt die Eritreer-Gewalt in Opfikon (ZH) deutlich. Wer eine Regierung hochjubelt, vor der er angeblich geflohen ist, benötigt den Schutz der Schweiz nicht. Auch wer die Konflikte seiner Heimat gewalttätig in der Schweiz austrägt, hat hier nichts verloren. Wer in seinem Heimatland Ferien verbringen will, hat in der Schweiz kein Anrecht auf Asyl. PIKOM und die SVP fordern die zuständige Bundesrätin Baume-Schneider auf, solche Missbräuche endlich zu stoppen.

Die Eritreer-Gewalt von Opfikon (ZH) zeigt das Asyl-Chaos in seiner ganzen Absurdität: Die Schweiz gewährt Eritreern, die die Regierung in ihrer Heimat unterstützen ebenso Asyl und Schutz wie jenen, die die Regierung kritisieren und deshalb angeblich verfolgt sind. Immer wieder kommt es zwischen den beiden Gruppen zu massiver Gewalt. Bei einer Massenschlägerei in Opfikon wurden gar 12 Personen verletzt. Verantwortlich für diese Zustände ist die gescheiterte Asyl-Politik der Mitte-Links-Mehrheit im Bundeshaus.

Wer den Diktator feiert, hat kein Recht auf Schutz in der Schweiz

«Die an der Gewalt beteiligten Eritreer sind auszuweisen», sagt Benjamin Fischer, Zürcher Nationalrat und Mitglied der Staatspolitischen Kommission. Unter anderem wolle er vom Bundesrat wissen, wie dieser das Eritrea-Problem zu lösen gedenke, so Fischer. «Wer die eritreische Regierung unterstützt, ist ganz offensichtlich kein Flüchtling und braucht deshalb kein Asyl in der Schweiz.»

Auch die gewalttätigen Oppositionellen haben den Asylschutz in der Schweiz verwirkt. «Eine Versammlung mit Gewalt zu stören, ist gegen Gesetz und Ordnung in der Schweiz», so Fischer. «Wer hier Schutz sucht und auf Kosten der Schweizer Steuerzahlenden lebt, hat sich daran zu halten.»

Mehrheit der Eritreer lebt auf Kosten der Schweizer Steuerzahler

Die eritreische Diaspora in der Schweiz wächst stetig – und damit auch die Kosten für die Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Ende 2022 waren 8'988 Eritreer im Asylbereich – 7'807 von ihnen haben lediglich eine vorläufige Aufnahme, das heisst, sie müssen die Schweiz wieder verlassen. Rund 90% dieser Asylanten leben auf Kosten der Schweizer Bevölkerung. Auch von den 33'910 eritreischen Staatsangehörigen, die zur ständigen Schweizer Wohnbevölkerung gezählt werden und von denen man erwarten könnte, dass sie für sich selber sorgen, beziehen rund 60% Sozialhilfe.

Zusätzlich zu den steigenden Sozialhilfekosten müssen die Schweizer Steuerzahler noch die Spitalkosten und die Kosten für das massive Polizeiaufgebot bezahlen, die die eritreischen Gewalttäter in Opfikon verursachten. Genug ist genug!

Dimensionswahnsinn: mega – giga – gaga

Schulwissen reicht nicht

Das Gelernte in der Grundschule und daraus resultierte Wissen reicht längst nicht mehr aus, um mit den Grössen und Dimensionen des Alltags zu recht zu kommen. Die Relationen gingen verloren. Da half nur noch die Flucht in «moderne» Alternativen. Alles was voller als voll oder leerer als leer ist, nennt man mega, und wenn das nicht ausreicht, hilft noch giga. Für mich ist dies alles gaga.
Corona hat aufgezeigt, wie wenig noch verstanden wird. All die Fremdwörter, Fachbegriffe, Grössen- und Mengenangaben waren gigantisch und für die Meisten ein Megascheiss, der Frust und Resignation ausgelöst hat.

Kosten und Schulden

Täglich werden wir über Geldbeträge informiert, welche uns in irgendeiner Form direkt betreffen, weil es um Kosten geht, die wir Steuerzahler zu tragen haben. Solange man noch von 6-stelligen Beträgen spricht, können noch ziemlich alle folgen. Mehrstellige Millionenbeträge werden schon bald einmal mega. Wenn nun aber in der Sondersession über hundert Milliarden diskutiert wird, dann genügt nicht einmal der oft gebrauchte Begriff «giga» mehr. Frag Dich oder andere, mit wie viel Nullen 100 Milliarden geschrieben werden? Und wenn wir es korrekt geschrieben lesen können, reicht unser Vorstellungsvermögen nicht aus, diese Grösse oder eben eine solche Dimension zu verstehen. Ist doch egal. Wir Steuerzahler werden auch Solches noch stemmen können oder müssen. Die da oben machen es schon richtig.

Migration

Dieser Begriff ist auch mega im Trend, die damit in Verbindung stehenden Grössenbegriffe noch vorstellbar. Zahlen sind klar und eindeutig, der Begriff aber nicht immer und nicht für alle. Migration ist nicht einfach nur eine allgemeine Völkerwanderung. Wir haben es mit einer internationalen Migration und einer Binnenmigration (EU) zu tun. Unter den Migranten gibt es Emigranten und Immigranten. Zu diesen haben wir ein unterschiedliches Verhältnis. Grosse Probleme verursachen uns die Immigranten – aber auch nicht alle. Zu den Immigranten zählen wir Flüchtlinge, Asylsuchende, Gastarbeiter*innen und Expate. Gastarbeiter und Expate (qualifizierte Fachkräfte, die uns geschickt werden) sind erwünscht und hochwillkommen. Bei den Flüchtlingen und Asylsuchenden wird es schwierig, immer zu wissen und feststellen zu können, wer wirklich ein echter Flüchtling oder berechtigter Asylsuchender ist. Die unselige Willkommenskultur, die offene Grenze und die paradiesischen Angebote haben vieles aus dem Gleichgewicht gebracht. «Die Geister, die ich rief...!»

Wohnungsnot

Diese ist hausgemacht und zwar darum, weil zu viele Menschen einwandern, nicht weil zu wenig gebaut wird. 1,5 Millionen mehr als 2001 lebten 2022 in der Schweiz. Diese Zahl ist noch vorstellbar, ist aber schon mega viel. Nun steuern wir gerade und unaufhaltsam der 10 Millionen Grenze zu (10'000'000)!!! Der Wohnungsbedarf wird nicht durch unsere Wohnansprüche (21%) generiert sondern durch die Bevölkerungszunahme (79%) (Übrigens werden Flüchtlinge nicht zur Wohnbevölkerung gezählt.) Werden also fünf Wohnungen gebaut, werden vier davon für die Zuwanderer benötigt. 2022 sind 80'000 Personen mehr ein- als ausgewandert.

Auf alle anderen Probleme, die diese «Invasion» mit sich bringt, mag ich hier nicht eingehen. Diese werden andernorts genügend thematisiert und quantifiziert. Vieles macht uns dabei Angst. Ein Thema aber besonders: die Kriminalität! Obwohl es eindeutig erwiesen ist, dass die Zuwanderung die Kriminalität antreibt, darf man dies kaum erwähnen, ohne deswegen schon als Rassist bezeichnet zu werden. Die Medien nennen die Nationalität der Täter nicht mehr. Alle sind Einwohner der Schweiz. Wir Schweizer gelten heute einfach als «Einwohner ohne Migrationshintergrund».

Unsere Politik

Auf Tele M1, Regionalsender, sah ich eine Sendung (habe sie noch als Video), in welcher eine 18-jährige Iranerin, Shekoofeh ihr Name, erzählt, wie sie mit ihrer Familie – aber ohne Vater – in die Schweiz als Flüchtlinge eingereist sind. Den Schleppern haben sie pro Person CHF 10'000.00 bezahlt. Bei der Aufnahme in der Flüchtlingsstelle haben sie erzählt, dass sie aus Todesangst geflohen seien, ihr Vater dort im Gefängnis sei und gefoltert werde. Die Wahrheit ist: Der Vater führt im Iran eine gut gehende Bar. Sie schicken ihm Geld. Mutter und Geschwister wurden aber als «echte» Flüchtlinge aufgenommen. Sie haben alles erhalten, und zwar nicht nur was sie brauchten, sondern auch was sie wollten. Die junge Frau erzählte diese Geschichte öffentlich an einem Anlass in Langenthal vor den Fernsehkameras. Sie zeigte auch ein Bild einer grossen Gruppe Iraner, die ebenso organisiert und verlogen in die Schweiz kam und es sich hier gut gehen lässt. Shekoofeh lebt seither hier – dankbar zwar – aber in grosser Gefahr und unter Todesandrohungen.

Es ist wohl eines von vielen Beispielen, das zeigt, wie katastrophal es um unsere Flüchtlingspolitik steht. Eine Triage sollte die Fragen beantworten: Wer ist integrierbar, wer internierbar, wer repatrierbar.

Da danken wir unserem Nationalrat Werner Salzmann für seine vor einem Monat eingereichte Motion, welche im Rat noch behandelt werden muss. Hier der Text seiner Motion:
Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament ein Konzept vorzulegen, wie die Zahl der Rückführungen und Ausweisungen in den kommenden Jahren deutlich erhöht werden kann. Um dies zu erreichen, sind weitere Rücknahmeabkommen abzuschliessen. Ebenso muss die Förderung der freiwilligen Rückkehr vorangetrieben werden. Sodann sind die Sanktionen für nicht kooperative Herkunftsländer zu verstärken bzw. zu vollziehen (Kürzung der Entwicklungshilfe, Sanktionen bei Visa etc.). Auch die Einsetzung eines Sonderbeauftragten für Rückführungen ist zu erwägen.

Paul Hunziker, 3662 Seftigen

Islamunterricht

Der Einfluss islamischer Verbände und Moscheen auf Schulen nimmt stark zu. So startete jüngst in Romanshorn und Neuhausen erstmals der islamische Religionsunterricht für muslimische Kinder ab der vierten Klasse. Dabei handelt es sich um Pilotprojekte. In Romanshorn fallen rund 6'000 Franken Personal- und Lehrmittelkosten pro Jahr an. Diese übernehmen je zu einem Drittel die Eltern und die zwei beteiligten Moscheegemeinschaften im Oberthurgau. Den Rest soll das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement im Rahmen der Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus beisteuern. In Neuhausen unterstützt das Bundesamt für Polizei das Projekt finanziell bis zur Hälfte der anrechenbaren Kosten, d.h. bis zu 14'040 Franken. Die Projektbeschreibung zeigt jedoch die Stossrichtung des Unterrichts. So bleibt z.B. die Förderung der Selbstkritik im Unterricht komplett ausser Acht. Die Referenzlehrpläne aus Deutschland, an denen sich der Unterricht orientieren soll, sind rückständig und realitätsfern. Sie setzen sich nicht mit den problematischen Stellen im Koran und der Sunna über Gewalt, Antisemitismus, dem islamischen Frauenbild, Polygamie und Kinderehen auseinander. Zudem haben alle in Frage kommenden Lehrpersonen gemäss Projektbeschreibung eine konservative Imam-Ausbildung im Ausland absolviert. Wird also das Beispiel des Islamunterrichts aus Deutschland importiert? Dort belaufen sich die jährlichen Kosten für Islamunterricht laut dem Städtebund mittlerweile auf 2,7 Milliarden Euro ...

Zukunft CH, 8406 Winterthur, www.zukunft-ch.ch

Die Schweiz hat die Kontrolle über die Migration verloren

Von
Erich J. Hess
Unternehmer und Nationalrat, (SVP), Bern

Seit Einführung der EU-Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 wuchs das Land um 1,5 Millionen Personen an und somit 20x schneller als Deutschland. Allein 2022 kamen insgesamt mehr als 180'000 Personen neu in unser Land. Das entspricht der Einwohnerzahl der drittgrössten Schweizer Stadt Basel.

Die Folgen spüren wir heute in allen Lebensbereichen: Verstopfte Strassen, überlastete Infrastrukturen, steigender Lohndruck, immer weniger bezahlbarer Wohnraum. Trotzdem beklagt die Wirtschaft einen Fachkräftemangel. Das beweist: Es kommen die Falschen! Vier von fünf Zuwanderern sind keine Fachkräfte. Die unkontrollierte Zuwanderung verschärft die Situation weiter: Die aktuellen Zahlen bedeuten, dass es zusätzlich über 81'000 Wohnungen, 1'408 Pflegende und 704 Schulkassen braucht – um nur einige Beispiele zu nennen.

Statt Fachkräfte, welche einen Mehrwert für unser Land leisten, kommen in erster Linie Nutzniesser unseres grosszügig ausgebauten Sozial-, Renten- und Gesundheitssystems in die Schweiz. Sie profitieren vom ersten Tag an von Leistungen, ohne je adäquate Einzahlungen geleistet zu haben.

Noch schlimmer ist es im Asylwesen: Ende April 2023 befanden sich 127'000 Personen im Asylprozess, davon 16'000 im Kanton Bern. Durchgezwängt wird deren Unterbringung in Kleinstgemeinden wie Heiligenschwendi oder Wolfisberg. Besonders perfide: Wurden zuvor ÖV-Verbindungen in diesen Randregionen gestrichen, sind diese mit Einrichtung der Asylunterkünfte plötzlich wieder möglich. Heute gibt allein der Bund für den Asylbereich 4 Milliarden Steuerfranken aus – das ist mehr als für die Landwirtschaft.

Gleichzeitig belasten die Krankenkassenprämien die Schweizer Haushalte enorm. Auch nächstes Jahr steigen die Prämien wieder um durchschnittlich 8.7 Prozent. Der Mittelstand zahlt doppelt: Neben der eigenen Krankenkassenprämie muss der Mittelstand auch die Gesundheitskosten von Asylanten, Zuwanderern und Teilzeit-Optimierern über die Einkommenssteuer mitfinanzieren. Das kann so nicht weitergehen.

PIKOM und die SVP Schweiz fordern daher zu Recht:

- Höhere Prämien (Franchisen) für Zugewanderte, die noch nichts in unser Gesundheitssystem einbezahlt heben. Mit diesem solidarischen Beitrag können die Schweizer Prämienzahler entlastet werden.

- Die medizinische Versorgung von Asylanten ist auf ein absolutes Minimum zu beschränken. Im letzten Jahr beliefen sich die hochgerechneten Kosten der Krankenkassenprämien im Asylwesen auf 288 Millionen Franken. Es kann nicht sein, dass die Schweizer Steuer- und Prämienzahler für das Asyl-Chaos aufkommen müssen.

- Zusätzlich muss den Teilzeit-Optimierern der Riegel geschoben werden: Weniger arbeiten, um von Prämienverbilligungen zu profitieren, darf sich nicht mehr lohnen.

Kostentreiber Zuwanderung

Ein grosser Kostentreiber ist vor allem die masslose Zuwanderung. Bei einer durchschnittlichen Einwanderung pro Jahr von rund 70'000 Personen bedeutet das über 300 neue Ärzte, über 300 zusätzliche Spitalbetten und über 1'700 neue Pflegekräfte. Das sind enorme Zusatzkosten. Diese zusätzlichen Kosten äussern sich in steigenden Krankenkassenprämien. Wir befinden uns in einer endlosen, teuren Spirale: Die unkontrollierte Zuwanderung sorgt für Fachkräftemangel, was wiederum die unkontrollierte Zuwanderung anfeuert. Und damit auch die Gesundheitskosten.
Die heutige Migrationspolitik macht die Schweiz ärmer. Profiteure sind Scheinasylanten, illegale Wirtschaftsmigranten und die Asylindustrie, welche sich an der Lage dumm und dämlich verdient.

Einladung zum Fachreferat

Peter Regli

Der Divisionär aD und ehemalige Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht zum Thema:

«Die Ukraine, Israel und die Migration – wie weiter?»

Donnerstag, 23. Mai 2024, in Zürich
Restaurant Glockenhof, Sihlstrasse 31, 8001 Zürich

Mittwoch, 16. Oktober 2024, in Bern
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)

Beginn jeweils: 18.45 Uhr Apéro, 19.30 Uhr Referat

Organisiert durch:

PRO LIBERTATE
www.prolibertate.ch

PIKOM
Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch

Impressum

Herausgeber: PIKOM, 5000 Aarau
Telefon: 079 302 10 09 – Fax: 031 981 41 61
Vorstand: Grossrat und alt Nationalrat Thomas Fuchs, Präsident, Bern – Nationalrat Andreas Glarner, Oberwil-Lieli – Nationalrätin und Frau Vizeammann Martina Bircher, Vizepräsidentin, Aarburg – alt Grossrätin Claudia Gubler-Hofmann, Beinwil am See – alt Grossrat Gregor Biffiger, Berikon – Manuela Kummli, Meisterschwanden – Stadtrat Janosch Weyermann, Bern – Pierre Juchli, Zürich – alt Grossrat Hans-Ulrich Gränicher, Revisor, Bern – Monika Kammermann, Revisorin, Bern

Homepage: www.pikom.ch
E-Mail: pikom@pikom.ch
IBAN CH44 0900 0000 6007 6254 9
Layout: P. Hofstetter, Lurtigen
Erscheint mindestens 4 x jährlich

Nachbar eines Kriegsgebiets

Aus «verfolgt, 5/2023» – www.hmk-aem.ch

Moldawien war vor seiner Unabhängigkeit eine der wohlhabendsten Sowjetrepubliken. Aber seit etwa 30 Jahren ist die kleine Republik entweder das ärmste oder eines der ärmsten Länder Europas. Hauptgrund ist der ebenso lange andauernde Konflikt um die~autonome-Region Transnistrien. Seit letztem Jahr hat der Krieg im Nachbarland Ukraine die Lage zusätzlich verschlimmert.

Bild shutterstock.com

Wie würden wir reagieren, wenn der Krieg direkt neben uns stattfinden würde? Hätten wir Angst, dass er sich auf unser Land ausweitet? Würden wir ständig die Nachrichten hören? Wie würden wir Flüchtlinge behandeln – sie mit offenen Armen aufnehmen oder unsere Grenzen verschliessen?

Inflation, Flüchtlingsströme, Konflikt

Im Jahr 2022 wurde in Moldawien mit 34 % die höchste Inflationsrate der letzten 20 Jahre verzeichnet. Grundnahrungsmittel haben sich um 30-60 % verteuert, Elektrizität um 170 % und Erdgas um 75 %. Flüchtlinge des Krieges, die in Moldawien ankommen, sind ganz verwirrt: Wie können Lebensmittel in Moldawien teilweise noch teurer sein als in ihrem Heimatland?

Auch die Migration ist auf einem Höchststand. Moldawien wird meist als Transitland genutzt. Seit Beginn des Krieges sind mehr als 750'000 ukrainische Flüchtlinge nach Moldawien gekommen, von denen etwa 100'000 noch im Land sind. Und das bei nur 2,6 Millionen Einwohnern. Moldawien gewährt ukrainischen Flüchtlingen vorübergehenden Schutzstatus, das Recht auf Arbeit und für Kinder das Recht auf Schulbildung. Weil viele Flüchtlinge das aber nicht wissen, suchen sie eigenständig nach Unterkunft und Mindestversorgung.

Transnistrien spaltete sich 1992 von Moldawien ab, kurz nachdem Moldawien unabhängig wurde. Die Region ist politisch autonom, wird aber von keinem anderen Land als eigenständig anerkannt. Allerdings unterhält Russland dort ein beträchtliches Militärkontingent und nutzt die Zone für seine Interessen. Bis heute trägt der Transnistrien-Konflikt zur politischen Destabilierung innerhalb des Landes bei.

Christliche Organisationen helfen

Christliche Gemeinden und Organisationen helfen seit Beginn des Krieges, wo es nur geht. Trotz der komplexen Situation und der Uneinigkeit im Land bleiben Kirchengebäude Orte der Hoffnung. Viele Gemeinden bieten Schlafplätze für Flüchtlinge an, verteilen noch mehr Pakete mit Nahrungsmitteln, lebensnotwendigen Produkten, Kleidern und Schuhen. Durch die Arbeit von moldawischen Christen erhalten viele Menschen nicht nur materielle Hilfe, sondern finden auch zu Gott.

Elena und ihre drei Kinder kamen Mitte 2022 aus der Region Odessa zu einem unserer Verteilzentren, wo sie insgesamt mehr als vier Monate lebten. Zwischenzeitlich gingen sie zurück in die Ukraine, kamen dann aber nochmals zurück mit der Bitte um Unterkunft und Versorgung. Elena war die Sicherheit ihrer Kinder wichtiger, als zurück in ihrer Heimat zu sein. Ihr Ehemann musste in der Ukraine bleiben und kämpfen. Sie sagte: «In eurem Verteilzentrum finde ich Ruhe und Sicherheit. Alle Bedürfnisse meiner Kinder, auch meines chronisch kranken Kleinkindes, werden gestillt. Ich muss mir nicht mehr jeden Tag Sorgen machen.»

Eine andere Frau aus der Ostukraine traf schwer krank in unserem Verteilzentrum ein. Vom Staat erhielt sie nicht alle notwendigen Medikamente. Die Partner der HMK gaben ihr nicht nur einen Ort zum Schlafen, Lebensmittel und die nötigen Medikamente, sondern beteten auch für sie. Eine Woche nach dem Gebet sagte diese Frau: «Ich brauche die Medikamente gar nicht mehr, weil mein Körper nicht mehr schmerzt! Nur meine Seele schmerzt, weil der Krieg immer noch weitergeht, aber mein Körper ist geheilt!» Wir beten weiter, dass der Herr ihr auch Heilung für die Seele schenkt.

Berufskurse für Flüchtlingsfrauen

In einem der Verteilzentren haben Schulungen für Flüchtlingsfrauen in der Konditorei und Bäckerei gestartet. So erwerben diese Frauen berufliche Fähigkeiten, die ihnen helfen, später selber ein Einkommen zu verdienen. Der Leiter des Verteilzentrums freut sich enorm, dass er mehr als nur vorübergehende Hilfe leisten kann: «Mit dieser Unterstützung geben wir den Frauen ein Werkzeug in die Hand, das ihnen auf lange Sicht helfen wird, für sich und ihre Kinder zu sorgen!»

Daneben unterstützen die moldawischen HMK-Partner Hunderte von Flüchtlingen in Moldawien, Bulgarien und in der Ukraine selbst, indem sie ihnen Wohnraum, Lebensmittel, Hilfsgüter, Transport, Hilfe bei medizinischen und rechtlichen Angelegenheiten, Seelsorge sowie Berufskurse anbieten. In der Weihnachtszeit führten sie zusätzliche Anlässe für Mütter und Kinder durch. Sie bedanken sich herzlich für die treue Unterstützung durch Gebet, Finanzen und Weihnachtspäckli.

Seit Anfang 2023 ist wieder ein leichter Anstieg der Flüchtlingsströme zu beobachten, vor allem bei Flüchtlingen, die durch Moldawien hindurchreisen. Sie benötigen Hilfe, sei es für ein paar Tage oder mehrere Wochen. Wollen Sie ukrainischen Flüchtlingen in Moldawien helfen? Der Aufenthalt einer Familie kostet pro Woche 350 Franken, inklusive Unterkunft, Lebensmittel und notwendige Hilfsgüter.

Asyl-Schlepper stoppen: Alle Grenzen sichern. Notfalls mit der Armee

PIKOM begrüsst, dass der Bundesrat die Grenzen gegen Italien besser sichert. Damit hat er endlich die Laissez-Faire-Politik der zuständigen Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider gestoppt. Allerdings viel zu spät. PIKOM und die SVP haben seit Anfang Jahr systematische Grenzkontrollen gefordert – und eine Neuausrichtung der Asyl-Politik: Keine Asylverfahren mehr in der Schweiz, Schaffung von Transitzonen, Auslagerung der Aufnahmezentren ins Ausland, konsequente Rückschaffung von Asyl-Migranten.

Die illegale Asyl-Migration hat ein unerträgliches Ausmass für die Schweizer Bevölkerung angenommen. Per Ende August befanden sich 129'132 Personen im Asyl-Prozess. Im August wurden 3'000 zusätzliche Asylgesuche gestellt, was einem Plus von fast 40 Prozent gegenüber dem Vormonat entspricht. Allein der Bund hat **4 Milliarden Franken Asyl-Ausgaben** budgetiert. Das sind 1800 Franken Steuergelder für einen vierköpfigen Haushalt!

Die linksgrüne Asylpolitik spielt den kriminellen Schlepperbanden in die Hände. Hunderttausende Asyl-Migranten kommen nach Europa. In der Mehrheit handelt es sich um junge Männer aus Afrika, Afghanistan, der Türkei und aus arabischen Ländern. Diese kriminell organisierte Asyl-Migration muss gestoppt werden. Genauso wie die linksgrünen Profiteure der Asyl-Industrie.

Die Einführung von Grenzkontrollen gegenüber Italien sind ein erster Schritt.

Weitere Massnahmen müssen folgen:

- Der Bundesrat hat gegenüber allen Nachbarstaaten systematische Grenzkontrollen einzuführen.
- Dazu muss der Bundesrat notfalls auch die Armee aufbieten, wie das der Tessiner SVP-Nationalrat Piero Marchesi schon gefordert hat.
- Sofortiger Aufnahme-Stopp für Asyl-Migranten.
- Illegale Asyl-Migranten sind per sofort in geschlossenen Ausschaffungszentren unterzubringen.
- Keine Asylverfahren mehr in der Schweiz.
- Der Bundesrat hat Verhandlungen mit Drittstaaten einzuleiten für Aufnahme-Zentren im Ausland.

PIKOM
PARTEIUNABHÄNGIGES INFORMATIONSKOMITEE
NEWS

Neue EU-Super-Datenbank

Es ist ein Unterfangen von historischer Grössenordnung. Die Europäische Union legt derzeit alle Datenbanken, die biometrische Daten enthalten, in einem neuen System zusammen. Davon betroffen sind das Schengener Informationssystem, die Visumsdatenbank, das Fingerabdrucksystem für Asylsuchende und eine Datei zu ausländischen Verurteilten in Terrorismusverfahren. Auf diese Weise entsteht eine neue Super-Datenbank, die nächstes Jahr durch ein Einreise-/Ausreisesystem ergänzt wird. Nach Geflüchteten und Visapflichtigen müssen dann auch alle anderen Reisenden aus Drittstaaten beim Grenzübertritt in die EU ihre biometrischen Daten abgeben. Das neue System wird dann Fingerabdrücke und Gesichtsbilder von über 400 Millionen Personen aus Drittstaaten enthalten. Im Zusammenhang mit dieser neuen Super-Datenbank soll ein neues Europäisches Reiseinformations- und Genehmigungssystem namens ETIAS (European Travel Information und Authorization System) eingeführt werden. Damit soll der Zugang zur EU bzw. zum Schengenraum neu einer kostenpflichtigen Online-Anmeldung unterliegen, ähnlich dem amerikanischen System mit dem ESTA. Falls diese neue Super-Datenbank tatsächlich zu mehr Sicherheit innerhalb des Schengenraums führen soll, ist die Einführung grundsätzlich zu begrüssen. Sollte sie jedoch zu mehr Überwachung und am Ende zum gläsernen Bürger führen, ist klar ein kritisches Auge auf die Einführung zu werfen.

Über 500'000 Asylanträge im ersten Halbjahr

Die Zahl der Asylanträge in den 27 Mitgliedsstaaten der EU sowie in Norwegen und der Schweiz ist im ersten Halbjahr auf mehr als eine halbe Million gestiegen. Nach einer am Dienstag veröffentlichten Statistik der EU-Asylagentur EUAA mit Sitz auf Malta stellten von Anfang Januar bis Ende Juni im Geltungsbereich der sogenannten EU+ insgesamt 519'000 Menschen einen Antrag auf Schutz. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2022 (406'000 Anträge) bedeutet dies einen Anstieg um 28 Prozent. Die Agentur geht davon aus, dass im Gesamtjahr 2023 mehr als eine Million Anträge verzeichnet werden, wenn es bei dem derzeitigen Trend bleibt.

Es läuft aus dem Ruder

Von Thomas Fuchs, aNationalrat und Grossrat, Präsident des Parteiunabhängigen Informationskomitees PIKOM, Bern

Ich habe es langsam satt, wie die Linken unser Leben verändern wollen. Statt Mami und Papi soll man neu Elternteil sagen! Stellen Sie sich ein kleines Kind vor, das gestürzt ist und um Hilfe ruft und weint und statt «Mami» neu «Elternteil» schreit! Die Realität geht in der Politik immer mehr verloren. Realität ist aber, dass die Krankenkassenprämien steigen und steigen und die Berner Regierung gewisse Autokategorien stärker belasten will, obwohl das Stimmvolk dies letztes Jahr klar abgelehnt hat.

In der linken Wohlfühloase Bern missachtet die linke Ratsmehrheit einmal mehr die Wirtschafts- und Gewerbefreiheit. Eine Mehrheit des Parlamentes und der Regierung will tatsächlich, dass Auto- und Flugwerbung in Bern künftig mit einem Warnhinweis versehen wird, wonach Fliegen der Umwelt und damit auch der Gesundheit dieser und künftiger Generationen schweren Schaden zufüge.

Ich habe zudem den Eindruck, dass immer mehr Politiker und Politikerinnen einen Schaden haben und man daher vielmehr Warnhinweise auf deren Wahllisten anbringen müsste, weil deren Wahl den künftigen Generationen in diesem Land erheblichen Schaden zufügt! Die absurde Idee des erwähnten Vorstosses kam übrigens von den sektenähnlich agierenden Jungen Alternativen, welche auch bei Stadtfesten alles nach dem eigenen Gusto vorschreiben und reglementieren will. Sie wollen bestimmen, welche sexuellen Ausrichtungen nötig sind, wer teilnehmen darf und wer was essen muss. Kein Wunder,
findet man dann auf deren Wahllisten jemanden, der einen queerfeministischen Sexshop führt oder Gender Studies studiert.

Braucht das die Schweiz?

Vollkommen aus dem Ruder läuft aber auch das Asylunwesen. Dabei wäre es einfach: Schlepper stoppen, alle Grenzen sichern und dies notfalls mit der Armee. Die Rezepte wären einfach, finden aber wegen den linken Parteien im Rat und dank der gnädigen Mithilfe der Mitte keine Mehrheiten. Keine Asylverfahren mehr in der Schweiz, Schaffung von Transitzonen, Auslagerung der Aufnahmezentren ins Ausland, konsequente Rückschaffung von Asyl-Migranten. Wer als Asylbewerber in seinem Heimatland Ferien macht, verliert sofort sein Aufenthaltsrecht. Wer sein Gastrecht missbraucht und Delikte begeht, muss die Schweiz verlassen.

Wie sieht es bei der Neutralität aus?

Lassen wir uns nicht verunsichern! Neutralität bedeutet nicht Naivität oder Feigheit. Ganz im Gegenteil. Sie bekräftigt unseren Willen, unsere Aussen- und Sicherheitspolitik eigenständig zu bestimmen. Es ist eine krasse Unterstellung, wenn behauptet wird, die schweizerische Neutralität nütze Völkerrechtsbrechern und Diktatoren. Die Schweiz steht für die Freiheit der Staaten und somit der Menschen ein.

Schleichender NATO-Beitritt stoppen!

NATO-Turbos missbrauchen den Ukrainekrieg schamlos, um unser Land unter das NATO-Kommando zu führen. Sie behaupten, die Verteidigung der Schweiz könne nur mit internationaler Kooperation sichergestellt werden. Das ist Unsinn. Wir müssen rasch unsere Armee komplett ausrüsten und wir schicken keine Schweizer Armeeangehörigen in NATO-Einsätze.

Die Neutralitätsinitiative verhindert den gefährlichen, schädlichen aussenpolitischen Kurs in Bundesbern. Sie verankert das in der Verfassung, was sich über Jahrhunderte bewährt hat. Sie sorgt für eine sichere, glaubwürdige und neutrale Schweiz. Die Neutralitätsinitiative dient dem Weltfrieden. Sie ist ein starkes Zeichen nach innen und aussen. Davon bin ich überzeugt.

Spenden in WIR

Sie können Spenden an PIKOM auch in WIR tätigen.

Spenden in WIR bitte BA an PIKOM, 5000 Aarau senden.

PIKOM dankt herzlich für Ihre Unterstützung.

☐ **Ich will Mitglied werden** ☐ **Ich wünsche Infos**

Machen Sie nicht länger die Faust im Sack!

Treten Sie dem PIKOM bei, welches sich zum Ziel gesetzt hat, die Öffentlichkeit über die wahren Fakten und Entwicklungen im Bereich der Ausländerpolitik zu informieren. Der jährliche Beitrag beträgt Fr. 65.–. Sie erhalten einen Einzahlungsschein für den Jahresbeitrag.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Einsenden an: PIKOM, 5000 Aarau - Fax 031 981 39 82 **www.pikom.ch**

Mitglieder werben und gewinnen!

Wer ein Neumitglied wirbt, nimmt an der Verlosung eines Nachtessens mit einem Vorstandsmitglied nach Wahl teil. Der Gewinner bestimmt das Restaurant. PIKOM übernimmt die Rechnung.

Geworben durch:

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____